

SDN unterstützt Bundesregierung

Einheitliches Verbot von Schweröl in der Schifffahrt Emissionen belasten die Küsten / Eu-Richtlinie soll Anreize schaffen

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) Unterstützung erhält die Bundesregierung für ihren Einsatz bei der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO zum Ersatz des Schweröls in der Schifffahrt durch sauberen Schiffsdiesel (MDO) von der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN. Der kommunale Umweltverband bittet die Regierung, beharrlich das Ziel zu verfolgen, damit das Verbot in die nächste Änderung des sog. MARPOL-Abkommens aufgenommen und kurzfristig international verbindlich wird.

„Die Küstenkreise und Gemeinden, deren wirtschaftliche Existenz vom Tourismus abhängt, sind in besonderer Weise auf eine intakte Umwelt mit sauberem Wasser und reiner Luft angewiesen“, unterstreicht der Vorsitz der SDN, Rudolf-Eugen Kelch.

Die Emissionen aus der Verbrennung von Schweröl in der Schifffahrt würden die Küste mit Schwefel- und Stickoxiden sowie Feinstaub belasten. Diese Luftbelastung sei eine schleichende Gefahr für die Gesundheit und Umwelt und unvereinbar mit dem Prädikat als Erholungs- und Luftkurort. Zusätzlich verschmutzen die immer noch vorkommenden illegalen Entsorgungen von Verbrennungsrückständen das Meer und die Küste. Abhilfe könne daher nur durch ein Verbot der Schweröle und Einsatz „sauberer“ Destillate bei gleichzeitiger Verbesserung der Motoren- und Abgasreinigungstechnik geschaffen werden, erklärt Kelch. Technisch aufwendige Einrichtungen zum Auswaschen von Schwefel an Bord von Schiffen lehne die SDN ab.

Die SDN fordert daher den ausschließlichen Einsatz von sauberem Dieselöl in der Schifffahrt. Eine Verteuerung der transportierten Waren für den Konsumenten durch die höheren Treibstoffkosten oder vorübergehenden Engpass bei der Versorgung mit Diesel und Heizöl sei kaum wahrscheinlich. Gleichwohl, so Kelch, gebe es keine technischen Hinderungsgründe und der Einsatz von Dieselöl werde zu einem effizienteren Umgang und somit zu einem Gewinn für die Umwelt führen. Zumal alte Raffinerien gegen neue umgerüstet werden müssen, bei denen kein Schweröl anfallt und ein geringerer Energieaufwand erforderlich sei.

Zusätzlich zur IMO sei die EU aufgrund ihrer Zuständigkeit gefordert, ökonomische Anreizsysteme zur Verminderung von schiffsinduzierten Emissionen (Schwefel, Stickoxide, Feinstaub und CO₂) zu erarbeiten. Eine Richtlinie nach dem Vorbild des Abwasserabgabengesetzes sei der richtige Weg. Diese soll dann einheitlich in allen europäischen Häfen als Aufschlag/Abschlag für die Hafengebühren angewendet werden und könne als weit reichende Anreizinstrumente für eine konsequentere Nutzung von Emissionsminderungspotentialen dienen, erläutert der Vorsitz.

Zur Erarbeitung von Mindestanforderungen für ökonomische Anreizsysteme durch die EU sei eine Quantifizierung aller Schiffsemissionen erforderlich. Die SDN fordert die Bundesregierung auf, die aus Datenschutzgründen von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung abgelehnte Herausgabe der Schiffsbewegungsdaten zu überprüfen und den Weg für eine regelmäßige, detaillierte und transparente Emissionsberichterstattung zu ebnen.

Die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste hatte auf dem Verkehrsgerichtstag 2008 ihre Forderungen eingebracht und erhielt dort in allen Punkten eine breite Unterstützung. Die beschlüsse des Verkehrsgerichtstages haben Gewicht, so dass die Hoffnung auf einen Ausstieg aus dem Schweröl als Schiffstreibstoff in absehbarer Zeit berechtigt ist.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!
Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN